

Beratung Stellenplan 2023, Fachbereich 7 - Interner Service

Anträge der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP vom 14.12.2022

Beschlussvorschlag der Antragsteller:

Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine,

1. den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 7 – Interner Service in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2023 unter der Berücksichtigung folgender Änderungen zu übernehmen:

- a. Die Stelle TUIV - IT Sicherheit im Produkt 71 nicht in den Stellenplan aufzunehmen.
- b. Die 0,5 Stelle Personalverwaltung im Produkt 72 nicht in den Stellenplan aufzunehmen.
- c. Die Stelle Personalentwicklung im Produkt 72 nicht in den Stellenplan aufzunehmen.
- d. Die befristeten Stellen Digitalisierung, E-Government um 1 Stelle zu reduzieren.
- e. Die Höhergruppierung von 2 Stellen im Bereich Digitalisierung, E-Government nicht durchzuführen.

2. die nachstehenden befristeten Stellen des Fachbereiches 7 – Interner Service

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Stelle	Stellenanteil / Wert	befristet in Monaten/befristet bis
1	Digitalisierung, E-Government	1,00/A 10	60 Monate/ 30.06.2025
2	Digitalisierung, E-Government	1,00/A 10	60 Monate / 15.08.2026
Summe		3,00	

die nicht Bestandteil des Stellenplanes sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Beschlussvorschlag lt. Vorlage:

Der Haupt-, Digital- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine,

1. den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 7 – Interner Service in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2023 zu übernehmen.
2. die nachstehenden befristeten Stellen des Fachbereiches 7 – Interner Service

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Stelle	Stellenanteil / Wert	befristet in Monaten/befristet bis
1	Digitalisierung, E-Government	1,00/A 10	60 Monate/ 31.12.2023
2	Digitalisierung, E-Government	1,00/A 10	60 Monate/ 30.06.2025
3	Digitalisierung, E-Government	1,00/A 10	60 Monate / 15.08.2026
Summe		3,00	

die nicht Bestandteil des Stellenplanes sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Fraktionsanträge (FDP, CDU und GRÜNE)

Streichung der beantragten Stelle „SB Personalentwicklung“ (1,0 Stellenanteile)

Wie in der Begründung der Verwaltung ausgeführt, haben sich die Anforderungen aufgrund des Fachkräftemangels, der höheren Fluktuation innerhalb der Verwaltung, dem Wandel in Verwaltung und Gesellschaft (u. a. Digitalisierung, demographischer Wandel) in Qualität und Quantität erheblich verändert. Soweit die Stelle nicht zum HH-Jahr 2023 bereitgestellt wird, können die vorhandenen Aufgaben nicht mehr vollumfänglich erbracht werden (Aufgaben/Tätigkeiten müssen priorisiert werden). Damit sich diese Einschränkungen sich nicht nachhaltig auf die Kernverwaltung auswirken, besteht der Handlungsbedarf spätestens zum Stellenplan 2024 eine 1,0 Stelle im Stellenplan für die Personalentwicklung zu berücksichtigen. Die Personalaufwendungen für das Jahr 2023 wurden nur hälftig in der HH-Planung berücksichtigt. Daher sind die Auswirkungen auf den Ergebnisplan 2023 geringer als im Antrag dargestellt.

Fraktionsantrag (FDP und CDU)

Streichung der beantragten Stelle „SB Personalverwaltung“ (0,5 Stellenanteile)

Wie in der Begründung der Verwaltung ausgeführt, ist in den vergangenen Jahren ein stetiger Personalanstieg (Stellenzuwachs von 25 Prozent in den vergangenen Jahren) zu verzeichnen. Auch nimmt mit dem demographischen Wandel und dem Fachkräftemangel die Fluktuation weiter zu. Die stattgefundene Arbeitsverdichtung kann nicht durch die Priorisierung von

Aufgaben kompensiert werden und wird sich zwangsläufig auf den Kernbetrieb der Verwaltung auswirken. Auch für das Jahr 2023 zeichnet sich ein weiterer Stellenzuwachs ab. Daher besteht dringender Handlungsbedarf spätestens zum HH-Jahr 2024 eine zusätzliche Stelle (0,5 Stellenanteile) im Stellenplan für die Personalverwaltung zu berücksichtigen. Die Personalaufwendungen für das Jahr 2023 wurden nur hälftig in der HH-Planung berücksichtigt. Daher sind die Auswirkungen auf den Ergebnisplan 2023 geringer als im Antrag dargestellt.

Streichung der beantragten Stelle „SB IT-Sicherheit“ (1,0 Stellenanteile)

Auf Grundlage des Ergebnisses zur IT-Sicherheitsbetrachtung der Verwaltung durch das Beratungsunternehmen ifib-consult (Abschluss Frühjahr 2023), werden mit dem Zweckverband KAAW die Möglichkeiten für die Teilnahme an dem KAAW-Kooperationsmodell „IT-Sicherheit“ geprüft (Umlagebeitrag rd. 17.000 Euro für die Stadt Rheine). Die Verwaltung geht jedoch nicht davon aus, dass das Handlungsfeld „IT-Sicherheit“ für die Bereiche Verwaltung, Schul-IT und Feuerwehr nur in Kooperation mit der KAAW erledigt werden kann und hausintern eine personelle Ressource benötigt wird. Insofern schlägt die Verwaltung als Kompromiss vor, zunächst die Ergebnisse der gutachterlichen Betrachtung abzuwarten und ggf. unterjährig eine befristete Stelle außerhalb des Stellenplans zu schaffen. Die Verwaltung wird hierzu vor der Sommerpause in den Sitzungen des HDF und Schula berichten.

Anzumerken ist, dass die Personalaufwendungen für die Stelle „SB IT-Sicherheit“ für das Jahr 2023 wurden nur hälftig in der HH-Planung berücksichtigt wurde. Daher sind die Auswirkungen auf den Ergebnisplan 2023 geringer als im Antrag dargestellt.

Fraktionsantrag (GRÜNE)

Streichung einer vorhandenen befristeten Stelle „SB Digitalisierung, E-Government“ (1,0 Stellenanteile)

In den vergangenen 3 Jahren waren immer wieder Stellen im Bereich der Digitalisierung unbesetzt (Fluktuation, Elternzeit). Eine Streichung der vorhandenen zeitlich befristeten Stelle wird erheblichen zusätzlichen Einfluss auf die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie nehmen. Zu Bedenken ist auch, dass mit einer ausreichenden Anzahl an Stellen im Bereich der Digitalisierung (einschließlich des Prozessmanagement) den Support für die eingesetzten Fachverfahren (enaio, picture, form-solution) beinhaltet. Die Akzeptanz für neue digitale Lösungen hängt insbesondere davon ab, wie schnell bei auftretenden Problemstellungen unterstützt werden kann und Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Ziel sollte sein, die zeitlich befristeten Stellen im Bereich der Digitalisierung und des Prozessmanagements (Stellen bedingen sich und sind verzahnt – keine Digitalisierung ohne Prozessbetrachtung) zu entfristen.

Höhere Eingruppierung 2 Stellen Digitalisierung, E-Government

Grundsätzlich ist anzumerken, dass zunächst die Stellen in der Verwaltung objektiv durch die Bewertungskommission bewertet werden. Die Anpassung des Stellenplans bei einer Wertigkeitsänderung ist eine anschließende Folge. Die Überprüfung der Stellenwertigkeit der Stellen im Bereich der Digitalisierung ist für das HH-Jahr 2023 beabsichtigt.